

# Newsletter

## Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen

Ausgabe 12, November 2020

### Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir freuen uns, Ihnen die neueste Ausgabe unseres PDF-Newsletters Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen übersenden zu können.

Mit unserem Newsletter wollen wir den eiligen Leser auf prägnante und übersichtliche Weise über die aktuellen energierechtlichen Themen, die besondere Relevanz für energieintensive Unternehmen aufweisen, informieren. Sie profitieren dabei von dem Expertenwissen der verschiedenen Fachbereiche und erhalten zu allen Themen kompetente Auskunft sowie Verweise auf weiterführende Quellen.

Für fachliche Rückfragen können Sie selbstverständlich die Ihnen bekannten Mitglieder des Energierechtsteams ansprechen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen

**Michael H. Küper**  
Partner

**Dr. Daniel Callejon**  
Senior Manager

### Inhalt

<b>In eigener Sache</b> .....	2
PwC Legal verstärkt sich mit Energie-Experte Stefan Krakowka (ehemals BAFA).....	2
<b>Aktuelles aus Politik und Wirtschaft</b> .....	2
Senkung der EEG-Umlage für 2021 durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt und entsprechende Auswirkungen auf die Umlagen-Systematik.....	2
<b>Neues aus Gesetzgebung und Rechtsprechung</b> .....	3
Verordnung zur pandemiebedingten Anpassung von § 19 Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) tritt in Kraft.....	3
Erstes Änderungsgesetz zum BEHG – Bundestag verabschiedet höhere Festpreise und weitere Neuerungen.....	4
Gericht der Europäischen Union (EuG) verhandelt über § 19 StromNEV-Umlage .....	5
<b>Veranstaltungen</b> .....	5
Business Breakfast zur Stromkostenoptimierung für Industrie und Gewerbe.....	5
<b>Über uns</b> .....	6

Ihre Ansprechpartner .....	6
Redaktion .....	6
Bestellung und Abbestellung .....	7

## In eigener Sache

### PwC Legal verstärkt sich mit Energie-Experte Stefan Krakowka (ehemals BAFA)

Die PricewaterhouseCoopers Legal AG Rechtsanwalts-gesellschaft (PwC Legal) baut den Bereich Energierecht weiter aus: Stefan Krakowka steigt zum 1. November 2020 als Of Counsel an den Standorten Düsseldorf und Frankfurt am Main in die bundesweit vertretene Praxisgruppe Energierecht ein.

Stefan Krakowka kommt vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), wo er seit Anfang der 1990er Jahre in führenden Funktionen tätig gewesen ist, zuletzt als Leitender Regierungsdirektor/Unterabteilungsleiter. Er verantwortete unter anderem die Administration der sogenannten Besonderen Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz, mit der mehr als 2.000 antragstellende Unternehmen aus dem Bereich der energieintensiven Industrie eine Entlastung von der EEG-Umlage von über fünf Milliarden Euro jährlich erreichen. Der erfahrene und renommierte Jurist scheidet beim BAFA altersgemäß aus und wird als Rechtsanwalt die Praxisgruppe insbesondere im Bereich der Industriekundenberatung unterstützen.

Bei PwC Legal verstärkt Stefan Krakowka das Energierechtsteam unter der Leitung der Partner Peter Mussaeus und Michael H. Küper. Letzterer verantwortet die Beratung von Industrie- und Gewerbekunden zu energie- und klimarechtlichen Themen. Mit seinem Fokus auf die Industrie wird Stefan Krakowka eng mit Michael H. Küper zusammenarbeiten. Peter Mussaeus erklärt: „Mit Stefan Krakowka erweitern wir unser Team mit dem klaren Anspruch, unseren Vorsprung im Markt weiter auszubauen. Zu uns wechselt ein angesehener Energie-Experte mit exzellentem Netzwerk.“

Dr. Steffen Schniepp, Managing Partner von PwC Legal, sagt: „Das interdisziplinäre PwC-Netzwerk ermöglicht Stefan Krakowka, sein umfassendes Wissen und seine Kontakte rund um Energie- und Klimarecht optimal zu nutzen. Wir freuen uns, gemeinsam mit ihm einen weiteren großen Schritt beim Ausbau unserer Energierechtspraxis zu gehen.“

## Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

### Senkung der EEG-Umlage für 2021 durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt und entsprechende Auswirkungen auf die Umlagen-Systematik

Zum 15. Oktober 2020 verkündeten die Übertragungsnetzbetreiber die neue EEG-Umlage für das Jahr 2021, welche für den nicht privilegierten Letztverbraucherabsatz 6,500 ct/kWh beträgt. Ohne politischen Eingriff würde die EEG-Umlage den Angaben der Übertragungsnetzbetreiber zufolge im Jahr 2021 auf etwa 9,6 Cent pro Kilowattstunde ansteigen.

Der prognostizierte „Rekordanstieg“ der EEG-Umlage ist auf den Preisverfall des Stroms im Großhandel zurückzuführen. Hintergrund ist der COVID-19-bedingte Rückgang des Stromverbrauchs der Industrie und

---

**Dr. Daniel Callejon**  
**Rechtsanwalt**  
Tel.: +49 211 981-2194  
daniel.callejon@pwc.com

---

---

**Tugba Altin**  
**Rechtsanwältin**  
Tel.: +49 211 981-7637  
tugba.altin@pwc.com

---

die damit verbundene geringere Nachfrage. Das führte zu einem Preissturz an der Strombörse und den damit verbundenen sinkenden Einnahmen auf EEG-geförderte Strommengen. Diese Lücke würde normalerweise vom EEG-Konto ausgeglichen, welches zum September 2020 jedoch mit einem Verlust von rund 4,1 Mrd. das höchste Defizit seit 2012 aufwies.

Angesichts dieser Zahlen wäre eine deutliche Anhebung der EEG-Umlage für 2021 zu erwarten gewesen, doch durch die Beschlüsse der Bundesregierung im Konjunkturpaket wird die Umlage für die Jahre 2021 und 2022 gedeckelt. Das Geld für den Bundeszuschuss soll aus der neuen CO<sub>2</sub>-Bepreisung im nationalen Emissionshandel sowie dem im Sommer 2020 beschlossenen Corona-Konjunkturpaket kommen. Diese Art der Entlastung der EEG-Umlage bringt einen Paradigmenwechsel in der Umlagen-Systematik mit sich, wodurch eine beihilfenrechtliche Neubewertung des Finanzierungsmechanismus des EEG 2021 geboten ist.

Die geplante Änderung zur EEG-Umlage wird sich künftig auch auf die KWK- und Offshore-Umlage für stromkostenintensive Unternehmen auswirken. Die vier Übertragungsnetzbetreiber haben am 26. Oktober 2020 auf ihrer [Informationsplattform](#) die Höhe der weiteren Umlagen veröffentlicht und bereits jetzt ist für das Jahr 2021 ein leichter Anstieg bei der

- KWK-Umlage,
- § 19-StromNEV-Umlage und bei der
- AbLaV-Umlage

von **insgesamt 1,09 ct/kWh** zu beobachten.

Um mittelfristig konträre Effekte bei der Besonderen Ausgleichsregelung für stromkostenintensive Unternehmen zu verhindern, sollen nach dem Regierungsentwurf zum EEG 2021 die Schwellenwerte der Stromkostenintensität sukzessive sinken. Zugleich soll der reduzierte EEG-Umlagesatz künftig einheitlich 15 Prozent – bisher teils 20 Prozent – betragen (wir berichteten). Aufgrund der entsprechenden Anwendung der Besonderen Ausgleichsregelung reduzieren sich die KWK-Umlage und die Offshore-Umlage für stromkostenintensive Unternehmen in entsprechender Höhe.

Falls Sie Fragen zu den Auswirkungen der sinkenden EEG-Umlage 2021 auf die Privilegierungen in Ihrem Unternehmen sowie im Übrigen zur Besonderen Ausgleichsregelung oder zu energierechtlichen Abgaben/Umlagen haben, können Sie sich gerne jederzeit an uns wenden.

## Neues aus Gesetzgebung und Rechtsprechung

### Verordnung zur pandemiebedingten Anpassung von § 19 Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) tritt in Kraft

Am 6. November 2020 trat die „Verordnung zur Umsetzung pandemiebedingter und weiterer Anpassungen in Rechtsverordnungen auf Grundlage des Energiewirtschaftsgesetzes“ in Kraft. Damit wird insbesondere die StromNEV dahingehend angepasst, dass ein individuelles Netzentgelt nach § 19 Abs. 2 Satz 2 StromNEV für das Kalenderjahr 2020 auch aufgrund der Verbrauchsdaten von 2019 berechnet werden kann.

Durch die Übergangsregelung soll vermieden werden, dass stromkostenintensive Unternehmen nur bedingt durch COVID-19 aus der Sonderregelung herausfallen und dadurch in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Im bisherigen § 32 StromNEV wird dafür ein neuer Absatz 10 eingefügt, welcher regelt, dass rechtmäßige Vereinbarungen über individuelle Netzentgelte für das Kalenderjahr 2020 weitergelten, wenn die Voraussetzungen im Jahr 2019 erfüllt wurden. Konkret bedeutet dies bei einer Vereinbarung nach § 19 Abs. 2 Satz 2–4 StromNEV, dass – sofern in diesem Zusammenhang ein Anspruch auf Weitergeltung der Vereinbarung geltend gemacht wird – für die Erfüllung der Voraussetzungen auf das Kalenderjahr 2019 abgestellt wird. Dafür musste eine Vereinbarung individueller Netzentgelte bis zum 30. September 2019 der Regulierungsbehörde angezeigt worden sein.

---

**Michael H. Küper**  
**Rechtsanwalt, MSc.**  
Tel.: +49 211 981-5396  
michael.kueper@pwc.com

---

---

**Philipp Landorff**  
**Rechtsanwalt, BSc.**  
Tel.: +49 211 981-7248  
philipp.landorff@pwc.com

---

Nach dem Wortlaut der Neuregelung würde die Ausnahme daher nicht für Unternehmen greifen, welche die Regelung für das Jahr 2020 erstmalig in Anspruch nehmen. Obwohl dieser Umstand von verschiedenen Verbänden noch während des kurzen Gesetzgebungsverfahrens kritisiert wurde, wurde der Gesetzesentwurf dahingehend nicht mehr angepasst. Unternehmen, für die im Jahr 2019 nur ausnahmsweise – etwa aufgrund größerer Revisionen – kein individuelles Netzentgelt gewährt wurde, werden ebenfalls nicht von der Ausnahmeregelung der Verordnung erfasst.

Fraglich ist die Anwendung der Regelung indes bei Konstellationen, in denen eine entsprechende Vereinbarung vor dem 30. September 2019 getroffen und bei der Regulierungsbehörde angezeigt, jedoch nach dem Stichtag angepasst oder in Form einer neuen, ggf. geänderten Vereinbarung fortgeführt wurde.

Die Verordnung enthält ferner eine Ergänzung des § 17 Abs. 2a StromNEV. Danach sollen kleinere Transite in nachgelagerten Netzen, die vor allem aufgrund zunehmender Stromflüsse in die Mitgliedstaaten entstehen, nicht ohne Sachgrund die Netzkosten erhöhen; ein Pooling soll folglich auch bei Transiten möglich sein. Ein Transit liegt nach der Verordnung dann vor, wenn innerhalb eines Messintervalls und der gleichen Netz- oder Umspannebene eine nahezu gleiche Energiemenge aus einer Entnahmestelle entnommen und über eine andere, galvanisch verbundene Entnahmestelle abgegeben wird. Überdies wurden Schriftformerfordernisse aus der Niederspannungsverordnung (NAV) und der Niederdruckanschlussverordnung (NDAV) gestrichen, um eine einfachere (auch digitale) Vertragsabwicklung zwischen Kunden und Netzbetreibern zu ermöglichen.

Die Verordnung ist am 5. November 2020 verkündet worden und am 6. November 2020 in Kraft getreten (BGBl. I 2020, S.2269).

Wenn Sie speziell zu diesem Thema sowie im Zusammenhang mit der Beantragung von individuellen Netzentgelten haben, stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

## Erstes Änderungsgesetz zum BEHG – Bundestag verabschiedet höhere Festpreise und weitere Neuerungen

Der Bundestag hat am 7. Oktober 2020 das erste Änderungsgesetz zum Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) verabschiedet. Die das BEHG konkretisierenden Rechtsverordnungen lassen weiter auf sich warten.

---

**Theresa Stollmann**  
**Rechtsanwältin**  
Tel.: +49 699 585-7871  
theresa.stollmann@pwc.com

---

Wie bereits seit der Einigung im Vermittlungsausschuss vom 19. Dezember 2019 bekannt, wurde mit dem 1. Änderungsgesetz zum BEHG zunächst der Anstieg des Zertifikatpreises gesetzlich verankert. Der Einstiegspreis ab 2021 liegt nun bei 25 Euro/ t CO<sub>2</sub> und steigt bis auf 55 Euro im Jahr 2025 an.

Neben der Anpassung der Preise in der Festpreisphase hat der Bundestag durch eine Änderung im Ausschussverfahren die Frist für den begrenzten Nachkauf von Zertifikaten nach § 10 Abs. 2 Satz 3 BEHG vom 28. Februar auf den 30. September verlängert. Die betroffenen Inverkehrbringer können somit bis kurz vor Ablauf der Frist zur Abgabe der Emissionszertifikate (ebenfalls 30. September) des Folgejahres nachträglich Zertifikate erwerben. Jedoch ist hier Vorsicht geboten, denn es bleibt dabei, dass ein Nachkauf zum Festpreis des Vorjahres nur bis zum Umfang von 10 Prozent der bereits erworbenen Zertifikate möglich ist. Betroffene sollten sich also nach wie vor umfassend und frühzeitig mit der Erarbeitung einer Strategie für den Zertifikatekauf befassen.

Eine weitergehende Klarstellung hat in Bezug auf Klärschlämme Einzug in das Gesetz gehalten. Klärschlämme werden durch die Änderung den biogenen Kraftstoffen in § 7 Abs. 4 Nr. 2 BEHG ausdrücklich gleichgestellt und können im Emissionsbericht mit dem Faktor „Null“ belegt werden. Dabei unterliegen sie auch nicht dem Nachhaltigkeitsnachweis der übrigen biogenen Kraftstoffe.

Im Rahmen der Regelungen für abwanderungsbedrohte Branchen (Carbon Leakage) können betroffene Unternehmen bereits für die Mehrbelastung in 2021 eine Erleichterung erwarten. Hier wurde die zuvor enthaltene zeitliche Beschränkung auf den Zeitraum ab dem 1. Januar 2022 gestrichen.

Mittels einer EntschlieÙung hat der Bundestag der Bundesregierung weitere Hausaufgaben erteilt: So soll dem Bundestag bis zum Ende des Jahres die bislang fehlende Carbon-Leakage-Verordnung zugeleitet werden; die bereits vorhandenen Regelungen zur Doppelbelastung von Anlagen des EU-Emissionshandels sollen noch einmal geprüft und gegebenenfalls vereinfacht werden.

Die Liste der noch offenen Punkte ist lang, insbesondere die finalen Verordnungen stehen noch aus. Gleichwohl stehen die direkt und indirekt Betroffenen bereits jetzt vor der Herausforderung, sich mit den neuen Regelungen vertraut zu machen und die Umsetzung voranzutreiben.

## Gericht der Europäischen Union (EuG) verhandelt über § 19 StromNEV-Umlage

---

**Matthias Stephan**  
**Rechtsanwalt**  
Tel.: +49 211 981-1509  
matthias.stephan@pwc.com

---

Das Europäische Gericht (EuG) hat am 29. und 30. Oktober 2020 Nichtigkeitsklagen von stromkostenintensiven Unternehmen gegen den Beschluss der Europäischen Kommission vom 28. Mai 2018 (SA.34045) verhandelt. Die Kommission ist der Auffassung, dass es sich bei der vollständigen Befreiung der Bandlastverbrauch von den Netzentgelten, wie sie in der vom 26. Juli 2011 bis zum 13. August 2013 geltenden Fassung des § 19 Abs. 2 Satz 2 Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) vorgesehen war, um eine ungerechtfertigte Beihilfe i.S. von Art. 107 des „Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEUV) handelt. Sie hat die Bundesrepublik Deutschland dementsprechend im vorgenannten Beschluss zur Rückforderung verpflichtet, von der in der Folge auch viele energieintensive Unternehmen betroffen waren.

Den Schwerpunkt der mündlichen Verhandlungen bildete die Frage, ob die vollständige Befreiung der Bandlastverbraucher von den Netzentgelten aus staatlichen Mitteln gewährt wurde und damit überhaupt eine Beihilfe i.S. von Art. 107 AEUV darstellt. Insofern stellte sich vor dem Hintergrund der ständigen beihilferechtlichen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) die Frage, ob es sich bei der § 19 StromNEV-Umlage, die zur Finanzierung der Befreiung im Jahr 2012 eingeführt wurde, um eine Abgabe handelt oder jedenfalls die durch den Wälzungsmechanismus generierten Mittel resp. die Übertragungsnetzbetreiber als mit der Umlageerhebung betraute Stelle unter staatlicher Kontrolle stehen.

Die Diskussion drehte sich dabei insbesondere um den Abgabencharakter der § 19 StromNEV-Umlage, die auf der fünften Stufe des Wälzungsmechanismus vom Netzbetreiber bei den Netznutzern erhoben wird. Insofern standen vor allem die Rechtsgrundlagen des Wälzungsmechanismus in § 19 Abs. 2 StromNEV i.V.m. § 9 Abs. 7 KWKG 2002 samt dem seinerzeit maßgeblichen Beschluss der Bundesnetzagentur vom 14. Dezember 2011 (BK8-11-024) im Fokus. In diesem Rahmen bleibt insbesondere abzuwarten, ob das Gericht angesichts der weitgehend parallelen Ausgestaltung der Umlagemechanismen eine Ausstrahlungswirkung des Urteils des EuGH zum EEG 2012 in der Rechtssache Deutschland/Kommission (C-405/16 P) annimmt. Hier hatte der EuGH entschieden, dass eine zwar in der Praxis erfolgende Umlageerhebung, die jedoch nicht im Gesetz normiert ist, allein nicht ausreicht für die Qualifizierung der EEG-Umlage als Abgabe.

Im Nachgang zu den mündlichen Verhandlungen berät nun die zuständige Kammer des Gerichts über die Verfahren. Die Urteilsverkündungen sind in den kommenden Wochen zu erwarten. Wir werden Sie an dieser Stelle über die weitere Entwicklung informieren.

Kommen Sie bei Fragen rund um das Thema § 19 StromNEV-Umlage sowie individuelle Netzentgelte jederzeit auf uns zu. Wir unterstützen Sie gerne.

## Veranstaltungen

### Business Breakfast zur Stromkostenoptimierung für Industrie und Gewerbe

Neuerungen bei der EEG-Umlage, Netzentgelten, Steuern und weiteren Abgaben sowie CO<sub>2</sub>/ETS

Wie bereits in unserem letzten Newsletter angekündigt, veranstalten wir am

**20. und 27. November 2020**

ein Webinar zum Thema Stromkostenoptimierung für Industrie und Gewerbe – als virtuelle Variante unserer langjährig bekannten Veranstaltung. Das Business Breakfast (Webcast) wird von **9 bis 11 Uhr** stattfinden.

Ab sofort ist eine Anmeldung **hier** möglich.

Bei Fragen zum Thema Stromkostenoptimierung rund um EEG-Umlage, Netzentgelte etc. sowie zur Veranstaltung selbst wenden Sie sich gerne jederzeit an

Rechtsanwältin Alexandra Ufer, Tel.: +49 211 981-5679, alexandra.ufer@pwc.com.

## Über uns

### Ihre Ansprechpartner

**RA Michael H. Küper**

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

**RA Matthias Stephan**

Tel.: +49 211 981-1509

matthias.stephan@pwc.com

**RA Dr. Daniel Callejon**

Tel.: +49 211 981-2194

daniel.callejon@pwc.com

**RAin Alexandra Ufer**

Tel.: +49 211 981-5679

alexandra.ufer@pwc.com

### Redaktion

Für Ihre Fragen, Hinweise und Anmerkungen zum Newsletter stehen Ihnen unsere Ansprechpartner aus der Redaktion gern zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

**RA Michael H. Küper**

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

**RA Dr. Daniel Callejon**

Tel.: +49 211 981-2194

daniel.callejon@pwc.com

# Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie den PDF-Newsletter *News/etter* bestellen oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Bestellung“ an [subscribe\\_energieintensive\\_unternehmen@de.pwc.com](mailto:subscribe_energieintensive_unternehmen@de.pwc.com) bzw. „Abbestellung“ an folgende Adresse: [unsubscribe\\_energieintensive\\_unternehmen@de.pwc.com](mailto:unsubscribe_energieintensive_unternehmen@de.pwc.com)

Die Beiträge dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© November 2020 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

"PwC Legal" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft..

[www.pwc.de](http://www.pwc.de)